

PRESSEMELDUNG

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)

Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen:

Berlin (24. Juni 2026, Nr. 29/2026)

Pflegepolitik im freien Fall: Bundesregierung steuert die Versorgung ins Chaos

Pflegebudget zurück in die Fallpauschalen. PPR 2.0 abschaffen. Verbindliche Personalbemessung streichen. Pflegepersonaluntergrenzen aus den Qualitätsvorgaben entfernen. Tariftreue aussetzen. Gehälter deckeln. Diese Maßnahmen gefährden die Versorgung.

Die Regierungskoalition nimmt offenbar einen erheblichen Abbau von Pflegepersonal im Krankenhaus in Kauf. Ihre noch nicht bestätigten Pläne gehen weit über den aktuellen Entwurf des GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetzes hinaus. Das einseitige Papier „Entbürokratisierung und mehr Flexibilität bei der Pflege im Krankenhaus“ ist keine Reform, sondern eine Giftliste für das Pflegepersonal und die Versorgung.

Verbindliche Sicherungen sollen durch allgemeine Pflichten, später greifende Instrumente, Empfehlungen und Mindestkriterien ersetzt werden. Das Papier räumt selbst einen möglichen Abbau von Pflegepersonal ein, ohne zu erklären, wie dieser verhindert werden soll. Stattdessen soll das „Interesse an guter Pflege“ erhöht werden. Doch Interesse ersetzt kein Personal. Empfehlungen sichern keine Versorgung. Wer Verbindlichkeit streicht, schwächt die Versorgung.

Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats, erklärt: „Die Bundesregierung sagt, das GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz verlange niemandem etwas Unzumutbares ab. Unzumutbar ist jedoch eine Krankenhausversorgung, die wegen fehlenden Personals nicht mehr sicher ist. Was nutzen stabile Beiträge und eine nachhaltige Finanzierung, wenn niemand mehr da ist, der pflegt?“

Die Politik konzentriert sich auf Beitragssätze und Kassenstände, während Qualität, Arbeitsbedingungen und die Belastung der beruflich Pflegenden, Patient:innen sowie ihrer An- und Zugehörigen aus dem Blick geraten. Verbindliche Maßnahmen zur Sicherung der pflegerischen Qualität fehlen. Die Koalition entlässt die Versorgung damit in eine Wüste aus Ungeregeltheit. Dem öffentlichen Dank für die Pflegenden folgt keine dauerhafte politische Verantwortung für die Berufsgruppe.

Dieser politische Trend zieht sich durch alle aktuellen Reformen. Die Profession Pflege wird nicht als Teil der Lösung betrachtet, sondern erneut vor allem als Kostenfaktor abgewertet. Ihre Erfahrung und ihre Kompetenzen werden bei der Gestaltung der Versorgung übergangen.

„Damit beginnt eine Abwärtsspirale, die wir nicht mehr aufhalten können: Stellen werden nicht mehr nachbesetzt, Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, Pflegefachpersonen gehen, Vertrauen geht verloren und die Versorgung wie auch unsere Demokratie geraten deshalb ins Wanken“, mahnt Vogler. „Der erste Dominostein ist bereits gefallen. Die Folgekosten werden höher sein als die kurzfristigen Einsparungen.“

Besonders widersprüchlich wäre der Umgang mit der PPR 2.0. Krankenhäuser haben Personalbedarfe erhoben, Daten geliefert, Beschäftigte geschult und ihre Systeme angepasst. Die Bundesregierung hat das Instrument wissenschaftlich weiterentwickeln lassen. Die eigenen Daten der Regierung zeigen erhebliche Personallücken. Nun soll die verbindliche Personalbemessung fallen, bevor die Ergebnisse endgültig ausgewertet und die Weiterentwicklung abgeschlossen sind.

Erst messen. Dann ignorieren. Schließlich abschaffen. Das ist Politik im freien Fall.

Für die Profession Pflege ist dieser Kurs verheerend. Stellen werden bereits heute nicht nachbesetzt, Tarifverträge werden gekündigt, Refinanzierungen verweigert, Arbeitsbedingungen verschlechtern sich und Entwicklungsperspektiven verschwinden. Krankenhäuser, die Personal aufgebaut haben, werden bestraft. Pflegefachpersonen verlieren erneut das Vertrauen in politische Zusagen. Wer heute geht, steht morgen nicht wieder bereit, auch nicht im Krisen- und Katastrophenfall.

Auch das politische Verfahren ist nicht hinnehmbar. Änderungen dieser Tragweite dürfen nicht in letzter Minute, ohne offene Fachdiskussion und ohne Beteiligung der Profession Pflege beschlossen werden.

Der Deutsche Pflegerat fordert einen sofortigen Kurswechsel. Pflegebudget und PPR 2.0 müssen erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Dafür liegen die Vorschläge längst auf dem Tisch. Tariftreue und Tarifrefinanzierung dürfen nicht geschwächt werden. Verbindliche Vorgaben dürfen nicht durch Empfehlungen ersetzt werden. Qualifikationen und Berufsbilder der Pflege müssen gestärkt werden. Alle im Gesundheitswesen Tätigen brauchen endlich zeitgemäße und verlässliche Arbeitsbedingungen.

[Download Pressemitteilung](#)

Ansprechpartner:innen:

Christine Vogler

Präsidentin des Deutschen Pflegerats

Michael Schulz

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0151 650 617 86 | E-Mail: m.schulz@deutscher-pflegerat.de

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)

Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

Telefon: (030) 398 77 303 | Telefax: (030) 398 77 304

E-Mail: presse@deutscher-pflegerat.de | Internet: www.deutscher-pflegerat.de

Social Media DPR: [Instagram](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#) | [Bluesky](#)

Der Deutsche Pflegerat als Dachverband vertritt die geeinten Interessen der Berufsverbände und nicht die einzelnen Partikularinteressen der Verbände. Unterschiedliche Positionen und Meinungen einzelner Verbände können sichtbar sein und die Vielfalt der pflegerischen Profession widerspiegeln. Dieses berührt nicht die gemeinsamen Ziele und Intentionen des Deutschen Pflegerats.

Zum Deutschen Pflegerat e.V. (DPR):

Der Deutsche Pflegerat e.V. wurde 1998 gegründet, um die Positionen der Pflegeorganisationen einheitlich darzustellen und deren politische Arbeit zu koordinieren. Darüber hinaus fördert der Zusammenschluss aus 25 Verbänden und Organisationen die berufliche Selbstverwaltung. Seit 2003 handelt der Deutsche Pflegerat e.V. als eingetragener, gemeinnütziger Verein.

Als Bundesarbeitsgemeinschaft des Pflege- und Hebammenwesens und Partner der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen vertritt der Deutsche Pflegerat auf Bundesebene die Interessen von 1,7 Millionen Beschäftigten der Pflege. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist der Einsatz für eine nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung der Bevölkerung oberstes Anliegen des Deutschen Pflegerats.

Seit dem 14. Februar 2026 ist der DPR gemäß der Pflegeberufbeteiligungsverordnung – PflBBetV anerkannte maßgebliche Organisation der Pflegeberufe auf Bundesebene.

Präsidentin des Deutschen Pflegerats ist Christine Vogler. Vize-Präsidentinnen sind Jana Luntz und Pascale Hilberger-Kirlum.

Mitgliedsverbände des DPR:

- Arbeitsgemeinschaft christlicher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen e.V. (ADS)
- Anbieterverband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG)
- Bundes-Dekanekonferenz Pflegewissenschaft gem. e.V.
- Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe e.V. (BLGS)
- Bundesverband Geriatrie e.V. (BVG)
- Bundesverband Pflegemanagement
- Deutscher Hebammenverband e.V. (DHV)
- Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e.V. (BeKD)
- Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V. (BFLK)
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
- Deutsche Fachgesellschaft Psychiatrische Pflege e.V. (DFPP)
- Deutsche Gesellschaft für Endoskopiefachberufe e.V. (DEGEA)
- Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e.V. (DGF)
- Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin e.V. (DGP)
- Deutsche Gesellschaft für Pflegewissenschaft e.V. (DGP)
- Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
- Deutsches Netzwerk Advanced Practice Nursing & Advanced Nursing Practice (DNAPN) e.V.
- Initiative Chronische Wunden e.V. (ICW)
- Katholischer Pflegeverband e.V.
- Landespflegekammer Rheinland-Pfalz (KÖR)
- Pflegekammer Nordrhein-Westfalen (KÖR)
- Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V. (VdS)

- Verband für Anthroposophische Pflege e.V. (VfAP)
- Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands e.V. (VPU)
- Vereinigung der Pflegenden in Bayern (KöR)